

DIE KONTROLLE VERLIEREN! EURODAC & CO ABSCHALTEN!

Sicherheitspolitik ist nicht erst seit dem „Kampf gegen den Terror“, aber seitdem umso mehr, eine der Grundaufgaben der EU. Neben der Wirtschaftsunion und der gemeinsamen Aussenpolitik bildet die sogenannte polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit den letzten der berühmten drei Säulen der EU. Das heisst, nationale Sicherheitspolitik ist immer auch in einen europäischen Rahmen eingebettet.



In Artikel 29 des EU-Vertrages heisst es so, das Ziel der Union sei die Schaffung von einem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“. Es darf jedoch mit Recht gezweifelt werden, ob die Freiheit des EU-Vertrages die Freiheit ist, die wir meinen. Um seine Ziele zu erreichen, hat sich die EU verschiedene Instrumente gegeben, die mit Sicherheit viel, mit Freiheit aber wenig zu tun haben. Europol ist wohl die bekannteste europäische Sicherheitsbehörde. Daneben existieren noch zahlreiche andere, wie Eurojust, eine Koordinierungsstelle für grenzübergreifende Ermittlungen. Oder das Schengen Information System, das europaweit alle möglichen Informationen über unliebsame Personen speichert. Schliesslich gibt es in Luxemburg das EURODAC, das zentral Fingerabdrücke von AsylbewerberInnen und sog. „illegalen“ EinwanderInnen speichern und abgleichen kann.

In der Praxis bedeutet die Freiheit, die Europa uns hier bietet, nur die Freiheit zu wählen wie mensch sich am liebsten überwachen und kontrollieren lassen will: Durch Kameras im öffentlichen Raum, unbemerkt beim Telefonieren, subtil durch RFID Chips in Ausweisen, oder vielleicht doch lieber ganz klassisch durch hochgerüstete Polizeieinheiten. Im Gegensatz zu früher gibt es aber kaum irgendwo einen Aufschrei linksliberaler BürgerrechtlerInnen oder ähnlicher. Gerade in Deutschland sind es vielmehr die ehemaligen linksliberalen BürgerrechtlerInnen, die heute in vorderster Front die Gesetzgebung in die genannte Richtung vorantreiben.

Der Belagerungszustand des Staates gegenüber seiner Bevölkerung ist heute vielmehr zum europäischen Normalzustand geworden. So normal, dass es heute vielen Menschen, die mit von irgendwelchen Autoritäten versprochener vermeintlicher Sicherheit schon immer mehr anfangen konnten als mit den Herausforderungen der Freiheit, merkwürdig vorkommen muss, dass es überhaupt Leute wie uns gibt. Leute die sich eine Gesellschaft vorstellen können, die ohne Kameras, Sondergesetze und Grenzpolizei auskommt, ohja, sogar auch ohne Staat.

Warum aber versucht Europa, nach eigener Auskunft doch ein Raum von Recht und Freiheit, die letzten Reste dessen, was der Begriff Bürgerrechte uns mal vormachen sollte, zu beseitigen?? Die Antwort liegt auf der Hand, betrachtet mensch sich die genannten drei Säulen der EU: die erste Säule, die Wirtschaftsunion, setzt den Rahmen für Wachstum, Profit und Konkurrenzfähigkeit des europäischen Kapitalismus. Die zweite Säule, die Aussenpolitik, sichert dieses Projekt nach aussen ab, die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz als dritte Säule sichert die innere Ordnung Europas. Die Repression richtet sich dabei gegen alles, was die Erfolgsstory der Festung Europa im globalen Kapitalismus beeinträchtigt. Hier greift eine Hand in die andere, und was für AsylbewerberInnen schon länger und viel direkter Realität ist, betrifft nun auch mehr und mehr den/die europäischen NormalbürgerIn, der aus irgendeinem Grund das Pech hat aus dem vorgeschriebenen Raster zu fallen. Seit dem 1 Januar hat Luxemburg die Präsidentschaft des EU-Rates übernommen. Das heisst, die luxemburgische Regierung koordiniert die laufende Arbeit und gibt für ein halbes Jahr die politischen Prioritäten in der Union vor. Luxemburg ist nicht nur Ort der Unterzeichnung des berüchtigten Schengen-Vertrages, sondern neben Brüssel und Straßburg auch dritter wichtiger Standort von EU-Institutionen, wie dem erwähnten Eurodac-Zentralregister für Fingerabdrücke. Wir werden dies als Anlass nehmen, unsererseits gegen das Projekt Europa und die luxemburgische Präsidentschaft vorzugehen, und die Freiheit, die wir meinen, gegen die kapitalistischen Zustände in Stellung zu bringen. Im letzten Monat der Präsidentschaft, im Juni findet dazu in Luxemburg ein antikapitalistischer Gegengipfel mit Camp, Aktionstagen und Demo statt.

HIER WOLLEN WIR
DEUTLICH UND
OFFENSIV ALL DAS
AUF DIE STRASSE
TRAGEN, WAS HEUTE
MEIST UNMÖGLICH
SCHEINT: DEN
SUBVERSIVEN
WUNSCH NACH
EINEM
GLÜCKLICHEN UND
FREIEN LEBEN
JENSEITS VON
STAATEN, ZWANG
UND KONTROLLE.



action days - www.eurotop.tk

Gruppe [lif:t] <http://www.infoladen.de/trier/lift>